

München, den 11.11.2022

Nein zu Fremdinvestoren

Der Verband Freier Berufe in Bayern fordert Ausschluss von Fremdinvestoren in Freien Berufen

Als Dachverband von 34 Organisationen der Freien Berufe in Bayern, fordert der Verband Freier Berufe in Bayern (VFB) gesetzliche/berufsrechtliche Regelungen, um Fremdinvestoren von der Gründung und dem Betrieb von Niederlassungen der Freien Berufe auszuschließen – dazu zählen u.a. Arzt- und Zahnarztpraxen, Anwalts- und Steuerkanzleien, Apotheken und Ingenieurs- und Architektenbüros. Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht vor Mandanten-, Patienten- oder Kundeninteressen stehen, heißt es in der Resolution, die die Delegiertenversammlung des VFB in München einstimmig verabschiedet hat. Die Resolution ist sowohl an das Bayerische Staatsministerium der Justiz als auch an das Bundesjustizministerium adressiert und mit der Forderung verknüpft, für entsprechende Regelungen im Berufsrecht der verkammerten und nicht verkammerten Freien Berufe zu sorgen.

Reine Profitorientierung hat nach Meinung des Verbandes Freier Berufe in Bayern dort nichts verloren, wo es um die Gesundheit von Menschen und um Fachberatung und Fachwissen von Spezialisten geht. Die Tätigkeit der Freien Berufe ist dem Gemeinwohl verpflichtet und nicht der Maximierung der Kapitalrendite. Nur so kann „eine flächendeckende wohnort- und zeitnahe Versorgung sowie der Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen und Angeboten der Daseinsvorsorge durch Expertinnen und Experten vor Ort auf höchstem Niveau sichergestellt“ werden, so die Resolution im Wortlaut.

Die Resolution ist eine Antwort des VFB-Präsidiums auf aktuelle Entwicklungen insbesondere im (zahn-) medizinischen Bereich, in dem sich fremdinvestorengesteuerte (Zahn)Medizinische Versorgungszentren (iMVZ/iZMVZ) immer mehr durchsetzen. Seit die Bundesregierung 2004 die rechtliche Grundlage hergestellt hat, haben sich deutschlandweit mehr als 4.000 MVZs gebildet – vorrangig im städtischen Raum – übrigens ein Fünftel davon in Bayern: einige sind von Krankenhäusern geführt, andere von Berufsträgern und eine steigende Zahl eben auch von privaten Investoren.

„Gegen die Kommerzialisierung im Gesundheitswesen müssen wir uns schon alleine deshalb wehren, damit unsere Patientinnen und Patienten nicht zu Wertschöpfungsobjekten verkommen“, sagt der Präsident des Verbandes Freier Berufe und niedergelassener Zahnarzt Michael Schwarz. „Die Freien Berufe übernehmen die Verantwortung für das Wohl von Patienten, Mandanten und Klienten und gegenüber der Gesellschaft und sie sorgen auch für eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung!“ Damit dies auch in Zukunft sichergestellt ist, wendet sich der VFB nun mit dieser einstimmig verabschiedeten Resolution an die Politik.

Dem Verband Freier Berufe in Bayern e.V. gehören 34 Mitgliedsorganisationen aus Bayern an, die selbstständig und angestellt – 920.721 Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Psychotherapeuten, Physiotherapeuten, Anwälte, Notare, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Architekten, Ingenieure, Sachverständige, Biologen, Restauratoren und Künstler vertreten.